

14.01.2008 **Bergsträßer Anzeiger**

Kundgebung zur Landtagswahl: Gegen Rassismus und fremdenfeindliche Parolen Es darf nicht beim Schweigen und Wegsehen bleiben

Bergstrasse. Zu einer Kundgebung gegen Rassismus und faschistische Wahlkampfparolen versammelten sich am Samstagvormittag etwa 50 Teilnehmer in Bensheim. Auf dem Beauer Platz ging es in erster Linie um die Wahlprogramme von Parteien wie NPD und Republikaner, in denen zum Teil offen, zum Teil unter dem Deckmantel populistischer Sozialkritik fremdenfeindliche und antisemitische Ideologien verbreitet werden, so die Veranstalter.

Rechtsextreme auf dem Vormarsch

"Der Rechtsextremismus versucht in die Mitte der Gesellschaft einzudringen", erklärte Margarete J. Bauer von der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße. Gemeinsam mit dem Kreisverband Bergstraße des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) informierte die Initiative im unmittelbaren Vorfeld der hessischen Landtagswahl am 27. Januar über die politischen Strategien, mit denen rechtsextreme Parteien auf Stimmenfang gehen.

Neben den beiden Hauptorganisatoren waren außerdem die Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger, der Förderverein für Demokratie und sozialpolitisches Engagement Heppenheim sowie der Arbeitskreis Zwingenberger Synagoge mit Informationsständen vertreten. Auch das Bündnis gegen Rechtsextremismus Südhessen sowie verschiedene antifaschistische Aktionsgruppen hatten im Vorfeld zur Teilnahme aufgerufen.

Unter dem Motto "Ein Leben ohne Rassismus" skizzierte Margarete J. Bauer die latenten und akuten Gefahren rechtsextremen Gedankenguts, auf das demokratische Parteien und eine zivilgesellschaftliche Gegenströmung mit einer kollektiven "Null-Toleranz-Haltung" reagieren müssten: "Schweigen und Wegsehen wird leicht als Akzeptanz verstanden." Stattdessen dürften rechte Wahlerfolge nicht mit sozialen Problemen entschuldigt werden. Die Bekämpfung rechter Strömungen sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von allerhöchster Priorität, so Bauer auf dem Beauer Platz.

Auch der Integrationsbeauftragte der Stadt Bensheim wies auf die offen geäußerte Fremdenfeindlichkeit hin, mit der etliche Parteien eine rechtsgerichtete Wahlkampfstimmung in die Bevölkerung tragen wollen. Manfred Forell: "Sozialstaat und Zuwanderung sind keineswegs Gegenpole, wie uns diese Leute glauben machen wollen. Sie können sich wunderbar ergänzen." Nicht nur die NPD spreche eine deutliche Sprache, wenn sie die Ausweisung "kulturfremder Ausländer" propagiere. Auch Parteien wie die Republikaner, die mit drei Sitzen im Bergsträßer Kreistag vertreten sind und ein "Minarettverbot" fordern, oder die Deutsche Volksunion (DVU) in Bayern benutzten eindeutige fremdenfeindliche Inhalte in ihren Wahlprogrammen. "Auf diese Art des gesellschaftlichen Aufräumens können wir verzichten. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen", betonte Forell, der unter großem Applaus forderte: "Keine Stimme für faschistische Parteien."

Weitere Redner waren Peter E. Kalb (Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger), Evelyn Berg von den Kreis-Grünen und Roland Dorsheimer vom Förderverein für Demokratie und sozialpolitisches Engagement in Heppenheim. Einen musikalischen, aber nicht minder kritischen Beitrag lieferte Peter Kühn, Leiter der Martin-Buber-Schule in Heppenheim: "Auch zwischen den Wahlen gilt es, seine Stimme gegen Rechts zu erheben." Michael Dörr vom DGB-Kreisverband, neben Margarete Bauer zweiter Sprecher der Initiative gegen Rechtsextremismus, begrüßte die Teilnehmer mit einer Lesung aus dem Buch "Rechtsextremismus" des Politikwissenschaftlers Christoph Butterwegge. In dem Buch verdeutlicht der Autor die zeitgenössische Modernisierung rechter Strömungen unter Beibehaltung ihres zutiefst inhumanen Wesens.

Wie Margarete J. Bauer mitteilt, hat die hessische NPD für den laufenden Monat zahlreiche Kundgebungen und Aktionen in der Region Bergstraße angekündigt – unter anderem in Bensheim, Heppenheim, Viernheim und Biblis. Die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit werde mit den betreffenden Kommunen über mögliche Gegenmaßnahmen sprechen. tr

Lokale Nachrichten

Verschiedene Organisationen hatten am Samstag zum Aktionstag "Hessen bleibt bunt" eingeladen. Bild: Schilling Die Verpackung hat sich geändert, der Inhalt ist gleich Region. Die Plakate zur Landtagswahl sind mittlerweile in jeder Gemeinde zu sehen. Eine Herde von weißen Schafen, eines davon kickt ein schwarzes Schaf weg. Betitelt ist das Ganze mit: "Wir räumen auf". Allein schon die Motivik ist an doppeldeutiger Eindeutigkeit, die fast schon zynische Züge aufweist, kaum zu überbieten. Die Bergstraße und der Odenwald sind wahrlich nicht frei von Ewiggestrigen, die zur Wahl mit plumpen Parolen auf Stimmenfang gehen. "Hessen und der Odenwald sind bunt und nicht braun. Das muss und wird auch in Zukunft so bleiben", bezieht Horst Raupp, Regionssekretär des DGB Südhessen, klare Gegenposition. Im Rahmen eines Aktionstages mit Kundgebungen in Bensheim, Michelstadt und Reichelsheim drückten neben den Gewerkschaften weitere Organisationen wie etwa auch die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße ihre Abneigung gegenüber dem antidemokratischen, menschenverachtenden, rassistischen und antisemitischen Gedankengut rechtsextremer Parteien aus.

Die Veranstaltungen verliefen ohne besondere Vorkommnisse. Zwar versuchten dem Vernehmen nach mehrere Personen, die offenkundig der rechten Szene zuzuordnen waren, die Kundgebungen in Bensheim und Reichelsheim zu stören, allerdings wurde dies entweder durch anwesende Ordnungshüter verhindert oder die Neonazis traten freiwillig den Rückzug an. Im Rahmen der Veranstaltungen wurde mehrfach unterstrichen, dass es nicht hinnehmbar sei, dass Neonazis demokratische Rechte missbrauchen, um die Demokratie abzuschaffen. Es könne nicht sein, dass Kommunen gezwungen werden, Aufmärsche und Kundgebungen von Rechtsextremisten hinzunehmen. Überdies sei es nicht zu dulden, dass etwa die NPD Gelder aus der Staatskasse erhalte und somit letztlich die Bürger mit Steuergeldern die braune Propaganda unfreiwillig mitfinanzieren würden.

Zwar würden sich die Neonazis nun mit Vorliebe als Verteidiger des Sozialstaats und Gegner der Globalisierung präsentieren, aber dabei handle es sich lediglich um eine andere Verpackung. Der Inhalt sei noch immer identisch. Auch 1933 seien die Nazis mit pseudoantikapitalistischen Parolen auf Stimmenfang gegangen. Eine Strategie an die die Neonazis in der heutigen Zeit anknüpfen. Allerdings riefen die Redner auch mehrfach dazu auf, die Wahlkampagne der hessischen CDU näher zu beleuchten. Dabei wurde mit Ministerpräsident Roland Koch hart ins Gericht gegangen, der angesichts sinkender Umfragewerte eine fremdenfeindliche Karte aus dem Hut zaubere. "Koch geht es dabei nicht um besseren Opferschutz oder eine Beseitigung der Probleme, sondern um reine Stimmungsmache.

Ihm ist keine Polemik zu billig und keine Kampagne zu schmutzig, wenn es darum geht, seine Macht zu erhalten", wurde der DGB-Sekretär Raupp deutlich. Der beste Schutz gegen Gewalt sei eine gute Schul- und Berufsausbildung für Jugendliche, weshalb die Investitionen im Bereich der Bildung erhöht, mehr Lehrer eingestellt und die Klassen verkleinert werden müssten. So könne eine gute Basis gegen rechtes Gedankengut geschaffen werden. Ferner wurden die Gäste der Kundgebungen dazu aufgerufen, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. "Je höher die Wahlbeteiligung ist, desto sicherer ist es, dass faschistische Parteien dort bleiben, wo sie hingehören - nämlich möglichst weit unter fünf Prozent. Für braune Verbrecher, Holocaustleugner und Geschichtsfälscher ist im Hessischen Landtag kein Platz", so Raupp.

gie